

Nach Fall Ramiswil: Tierschützer stellen Forderungen an Bundesrat

Tierschutzorganisationen fordern nach dem Fall Ramiswil SO Verbesserungen: Das Eidgenössische Departement des Innern müsse seine Verantwortung im Tierschutzbereich endlich wahrnehmen, heisst es in einem offenen Brief an Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

sda/blu | 02.12.2025 16:00



Anfang November wurden dort 43 Pferde und zwei Ziegen beschlagnahmt, rund 120 Hunde mussten vor Ort eingeschläfert werden. *Bild: pixabay*

Die Stiftung für das Tier im Recht (TIR), Vier Pfoten Schweiz und der Schweizer Tierschutz STS verfassten den offenen Brief. Gemäss ihrer Mitteilung haben sich 77 weitere Organisationen diesem Appell angeschlossen.

«Kein Einzelfall»

Die Organisationen fordern in ihrem Brief insbesondere mehr



Transparenz im Vollzugsprozess, wie sie am Dienstag mitteilten. Es müsse obligatorische und öffentlich einsehbare Jahresberichte der Kantone geben. Auch die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Tierschutzorganisationen müsse enger werden.

«Organisationen und Privatpersonen, die Missstände melden, erhalten in der Regel keinerlei Rückmeldung darüber, ob und wie die Behörden aktiv werden», kritisieren die Organisationen. Damit werde eine wirksame externe Kontrollfunktion praktisch unmöglich gemacht.

Gemäss den Tierschützern handelt es sich beim Fall Ramiswil um keinen Einzelfall. «Wiederkehrende schwere Tierschutzfälle in Studen BE, Boningen SO, Hefenhofen TG oder Oftringen AG verdeutlichen seit Jahren ein strukturelles Vollzugsdefizit», so die Organisationen.

Externe Untersuchung

Der Fall Ramiswil habe deutlich gemacht, dass die Bevölkerung ein funktionierendes, transparentes und vertrauenswürdiges Tierschutzsystem erwarte. Die Organisationen fordern Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider «eindringlich» auf, die Verantwortung des Eidgenössische Departement des Innern wahrzunehmen und für einen «konsequenten und wirksamen Vollzug des Tierschutzgesetzes in der Schweiz zu sorgen».

Auslöser des Briefs ist der Tierschutzfall von Ramiswil SO: Anfang November wurden dort 43 Pferde und zwei Ziegen beschlagnahmt, rund 120 Hunde mussten vor Ort eingeschläfert werden. Der Fall hatte gemäss den Tierschutzorganisationen schweizweit Entsetzen ausgelöst und gravierende Lücken im behördlichen Vollzug aufgezeigt. Die Solothurner Regierung liess inzwischen eine externe Untersuchung einleiten.

